

---

## **Willy Brandt:**

# **Entwicklung, Frieden und Gerechtigkeit**

### Die Verantwortung für die Zukunft des Lebens ist unteilbar

---

Willy Brandt, geb. 1913 in Lübeck, ist Ehrenvorsitzender der SPD und seit 1976 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

Angesichts der zunehmend katastrophaleren Lage von Millionen von Menschen, insbesondere der Kinder in den sogenannten Entwicklungsländern, den unzähligen Opfern von Hunger, medizinischer Unterversorgung, innerstaatlicher und zwischenstaatlicher Krisen und Konflikte fällt es schwer, den Begriff der Gerechtigkeit mit Inhalt zu füllen. Einfacher wäre sicherlich, das Gegenteil davon anzunehmen und in den Chor derjenigen einzustimmen, die das Nord-Süd-Verhältnis als im höchsten Maße ungerecht empfinden.

Dies wäre wohl doch eine zu vereinfachte Aussage; sie verstellt den Blick für die Notwendigkeit, in zähem Ringen die vorfindbaren Verhältnisse zu korri-

gieren und sich dem meist mühsamen - manchmal auch etwas resignativen - Weg zu verschreiben, der Gerechtigkeit stetig ein kleines Stück mehr zu ihrer Wirksamkeit zu verhelfen. Gerade im Nord-Süd-Verhältnis sind diese Bemühungen dringend und drängend zugleich.

Es ist aber auch ermutigend zu sehen, daß in den sogenannten industrialisierten Ländern den Problemen und hoffentlich auch deren erfolversprechender Lösung zunehmend mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird. Ob die Beweggründe dafür immer das Streben nach etwas mehr Gerechtigkeit sind, oder ob dies - zumindest zugleich - auch das Verspüren eines existenziellen Unwohlseins ist, mag letztlich dahingestellt bleiben.

Festzuhalten ist allerdings: Das Drängen auf qualitative Veränderungen wird notwendigerweise wachsen müssen, da die Verhältnisse in weiten Teilen der Dritten Welt direkt und indirekt auf die Verhältnisse der ganzen Welt negative Einflüsse zeigen. Der eher moralische Anspruch auf Gerechtigkeit wird ergänzt durch den eher politischen Anspruch der Sicherung gemeinsamen Überlebens, einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder.

Es liegt mir fern, das Streben nach Gerechtigkeit als unzureichende Legitimationsgrundlage für Veränderungen anzusehen. Ich stimme jedoch denjenigen zu, die im Bereich der Politik Begriffe wie Gerechtigkeit und Solidarität zunächst nur als *Aufforderung* zum Handeln verstehen, wobei die das Handeln auslösenden Momente ganz offenkundig noch den Ausdruck direkter Betroffenheit benötigen.

Hiermit meine ich, es mangelt uns im Norden nicht an Kenntnissen und Erkenntnissen über die schwierige Situation des Südens; es mangelt auch nicht an sinnvollen und wirksamen Lösungswegen. Mancherorts mangelt es ebenfalls nicht an der Bereitschaft, dies deutlich als das Gegenteil von Gerechtigkeit zu bezeichnen. Und dennoch bleibt: Es bewegt sich kaum etwas, zumindest nicht wesentlich und nicht schnell genug. Die Schwierigkeiten vieler Südländer haben eher noch zugenommen. Der Abstand zu den Industrieländern ist noch größer geworden. Hunger und Dürrekatastrophen, horrenden Schuldenlasten, fatale Eingriffe in das ökologische Gleichgewicht sind ebenso Beispiele für dringend notwendige Korrekturen, wie andererseits - trotz kleiner, ermutigender Schritte im Verhältnis zwischen den Supermächten - die noch immer schwer drückenden Ausgaben für den Rüstungssektor.

Seit der Vorlage der Berichte der Nord-Süd-Kommission, deren Vorsitzender ich war, sind inzwischen schon fast wieder zehn Jahre vergangen. Inzwischen sind die wichtigen Berichte der Palme-Kommission und der Brundtland-Kommission hinzugekommen. Die verschiedenen Berichte an den Club of Rome vor über 15 Jahren und Global 2000 - der Bericht an den amerikanischen Präsidenten - aus dem Jahre 1980 sind weitere wichtige Dokumente. Für alle diese Veröffentlichungen - und nicht nur für eine allein - darf gesagt werden: Die Probleme sind erkannt, gangbare Lösungswege wurden aufge-

zeigt, wichtige Erkenntnisse zur Nutzung veröffentlicht; Wissenschaft, Politik und die interessierte Öffentlichkeit haben sich damit auseinandersetzen können. Bemerkenswert sind in diesem Zusammenhang die kürzlich erschienenen „Leitprinzipien“, „Urteilkriterien“ und „Richtlinien für das konkrete Handeln“: die zweite Sozialzyklika des Papstes. Der Appell „an alle Menschen guten Willens“ geht dahin, dafür Sorge zu tragen, eine „andere Welt“ zu schaffen, in der die geistige und menschliche Entwicklung aller und vollkommener Gerechtigkeit unter den Menschen möglich ist.

Das eigentlich Neue der Enzyklika besteht darin - und hier begegnen sich die Überlegungen weitgehend -, daß der moralische Anspruch erweitert wird. Es wird zu Recht gesagt, der Begriff Entwicklung habe sich durch die zunehmende gegenseitige Abhängigkeit deutlich verändert. Auf die gegenseitigen Abhängigkeiten - ich habe seit Jahren von „verkannten“ Interdependenzen gesprochen - wird von verschiedenen Seiten verstärkt hingewiesen. Sie kommen auch schon im Bericht der Nord-Süd-Kommission zum Ausdruck, wo auf die *gemeinsamen* Interessen der Industrie- und Entwicklungsländer hingewiesen wird; die Weltkommission für Umwelt und Entwicklung (Brundtland) spricht von unserer *gemeinsamen* Zukunft.

Man wäre geneigt, von einer Art „Paradigma-Wechsel“ in der Entwicklungspolitik zu sprechen. Es geht ganz offensichtlich schon längst nicht mehr nur darum, das „Prinzip Verantwortung“ (Hans Jonas) für den Süden im Rahmen ausgleichender und austeilender Gerechtigkeit zu behandeln, Entwicklungspolitik sozusagen auf eine außen- und wirtschaftspolitische „Rest-Variable“ mit einer ergänzenden „Almosen-Komponente“ einzuengen. Diese Betrachtungsweise verbietet sich objektiv, da Interdependenzen wirksam geworden sind und zunehmend größer werden, die direkt das Überleben unseres Planeten infrage stellen.

Der Präsident des Club of Rome (Alexander King) weist zu Recht auf die wachsende Interdependenz zwischen den Nationen hin und fordert einen globalen Denkansatz im Sinne einer „Weltproblematik“, der das gesamte Beziehungsgeflecht der Gegenwartsprobleme hinreichend berücksichtigt. Entwicklungspolitik wird aus solcher Sicht zugleich ein Stück nationaler Politik. Die Fehlentwicklungen in den Ländern der Dritten Welt sind ebenso Risiken für die europäischen und außereuropäischen Industrieländer, wie umgekehrt die Länder der Dritten Welt von unseren Fehlentwicklungen betroffen sind. Ein Ausdifferenzieren in „Nord-West“- und „Nord-Ost“-Verantwortlichkeiten beginnt angesichts von Umfang und Dringlichkeit der Probleme nachrangig zu werden. Die Folgen von Erderosion, Ausdehnung der Wüsten und Dezimierung der Regenwälder sind, um ein wichtiges Beispiel zu nennen, für viele Länder in Nord und Süd, Ost und West gleichermaßen gravierend.

Die laufende Kampagne des Europarates „Interdependenz und Solidarität“ kann hilfreich sein, denn sie weist auf die Zusammenhänge, Ursachen und Folgen des Handelns - oder sehr oft auch des Unterlassens - zwischen Nord

und Süd deutlich hin. Dabei liegt auf der Hand, daß die sich aus der Ost-West-Problematik ergebenden Zusammenhänge voll einbezogen werden müssen.

Zu den „verkannten“ Interdependenzen zähle ich vor allem auch den Zusammenhang zwischen Überrüstung und Unterentwicklung. Nicht nur die ausgewiesenen Etatmittel für Rüstungszwecke in den Industrieländern und den sogenannten Entwicklungsländern sind dabei zu betrachten, sondern darüber hinaus die Tatsache, daß wertvolle Ressourcen in Wissenschaft und Wirtschaft so gebunden sind, daß sie - auf nationaler und internationaler Ebene - sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklungserfordernissen nicht zur Verfügung stehen. Wenn es also gelingt, den Rüstungswettlauf zu bremsen und Überrüstung abzubauen, könnten Ressourcen freigesetzt werden, die jedenfalls zu einem Teil im Nord-Süd-Verhältnis fruchtbar zu machen wären. So gesehen ist Entspannungspolitik eine nicht zu unterschätzende Dimension für Entwicklungspolitik; auch hier gibt es gewichtige, noch oft „verkannte“ Zusammenhänge.

Es ist besonders zu begrüßen, daß nun auch die päpstliche Enzyklika diesen Zusammenhang deutlich herausstellt. Entspannung im Ost-West-Verhältnis schafft Voraussetzungen zum Spannungsabbau in und zwischen den Entwicklungsländern; Sicherheitspartnerschaft könnte zu mehr Entwicklungspartnerschaft ermutigen. Die jährlichen Rüstungsausgaben und die Höhe der Verschuldung der Dritten Welt liegen etwa auf gleichem Niveau. Abrüstungschancen zu ergreifen und Signale zur Reduzierung der Schuldenlasten zu setzen, wären nicht nur ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung, würden nicht nur einen Beitrag zu etwas mehr Gerechtigkeit enthalten, sondern bedeuteten zugleich lohnende Investitionen in unsere gemeinsame Zukunft.

Interdependentes Denken und globales Handeln in einer vernetzten Welt, damit nicht eines Tages unsere Kinder und Enkel fragen werden, was wir wohl zu ihren Lasten unterlassen haben; was wir getan oder unterlassen haben, um Epidemien und Hungersnöte und Umweltkatastrophen überwinden zu helfen, deren Auswirkungen schwer abzusehen sind. Nicht zuletzt die sozialen Bewegungen sind in diesem Sinne gefordert.

Erst Bewußtsein in Verbindung mit entsprechender Bewegung bringt uns der politischen Verwirklichung näher. Bewußtmachung muß dynamisch erfolgen, kontinuierlich und auf möglichst breiter Basis. Hierfür gibt es verschiedene Formen und Wege. Das bessere Verständnis für die Sorgen und Nöte der Mitmenschen, der Kolleginnen und Kollegen in anderen Teilen der Welt ist hierfür ein kleiner, aber wirksamer Beitrag.

Die gemeinsame Einsicht, uns nicht von der elementaren Wichtigkeit der Zusammenhänge zwischen den Krisen der Sicherheit, der Weltwirtschaft, der Umwelt abbringen zu lassen, sollte uns - über andere Verschiedenheiten hinweg - im Interesse einer gemeinsamen Zukunft zum gemeinsamen Handeln befähigen. Dabei verhehle ich nicht, daß Gerechtigkeit und Solidarität

uns auch Umdenken abverlangen, Neuorientierung und Phantasie erfordern, eingefahrene Geleise zu verlassen. Manche verwenden hierfür den etwas überzogenen Begriff von „Sonderopfern“. Diejenigen, die arbeitslos sind - zumal in Ländern mit unterentwickelten Systemen der sozialen Sicherung -, die hungern müssen oder gar vom Hungertod bedroht sind, diejenigen, die von Hoffnungslosigkeit und Perspektivlosigkeit erdrückt werden, müssen das wohl anders sehen.

Das Denken und Handeln in kleinen Nischen, Regionen oder Ländern wird nicht weiterhelfen, wenn wir nicht zunehmend und beständig die Auswirkungen auf das jeweils Ganze im Auge haben. Wenn wir tun wollen, was richtig ist, so gehört dazu, daß wir den uns möglichen Druck ausüben und den „Mächten und Mächtigen“ dieser Welt sagen, was sie der Menschheit schuldig sind: Das Miteinander zu organisieren, vorausschauend statt angepaßt zu handeln und der friedlichen Entwicklung jene Chance zu geben, daß es für nachfolgende Generationen ein Leben überhaupt und ein solches in Würde und Gerechtigkeit gibt.